



Düsseldorf, 04.03.2006

Nichteinführung der Steuer auf pflanzliche Kraftstoffe

Landesvorstandsbeschluss (auf Antrag des MIT-Kreisverbandes Höxter) vom 04.03.2006

Die Bundesregierung plant, pflanzliche Kraftstoffe mit einer Steuer zu belegen. Nach einem vom Finanzministerium vorgelegten Ressort-Entwurf zur Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen und zur Änderung des Stromsteuergesetzes sollen ab 01. August 2006 Biodiesel mit 10 Cent, reines Rapsöl mit 15 Cent und der dem normalen Diesel beigemischte Biodiesel mit 15 Cent je Liter beaufschlagt werden.

Begründet wird die Maßnahme mit der Umsetzung von EU-Recht, nach dem die Nichtbesteuerung pflanzlicher Kraftstoffe – „Förderung“ genannt - solange erlaubt sei, wie diese auf Grund höherer Produktionskosten Wettbewerbsnachteile gegenüber gewöhnlichen Kraftstoffen hätten. Aus den Produktionskosten für Biodiesel für 2004 und den gestiegenen Preisen gewöhnlicher Kraftstoffe im Herbst 2005 errechnet das Finanzministerium eine zu hohe „Förderung“ von 5 Cent je Liter bei reinem Biodiesel und 10 Cent je Liter bei Beimischungen.

Es berücksichtigt dabei jedoch nicht, dass die Preise gewöhnlicher Kraftstoffe derzeit im Vergleich zum Herbst 2005 schon wieder leicht gesunken, und die Herstellungskosten für pflanzliche Kraftstoffe im Jahr 2005 im Vergleich zu 2004 möglicherweise gestiegen sind. Darüber wird der zweite Bericht der Bundesregierung an den Bundestag zur Prüfung der „Überkompensation“ bei Biokraftstoffen Auskunft geben, dessen Inhalt das Finanzministerium bei seiner Entscheidung aber offensichtlich nicht abwarten will. Zudem fällt die Steuererhöhung um 5 Cent zu hoch aus.

Die MIT ist der Meinung, die Steuererhöhung sollte bis zum „Überkompensationsbericht“ nicht zur Debatte stehen. Sollte dieser eine „Förderung“ von Biokraftstoffen beweisen, so sollte eine Steuer maximal in Höhe der „Förderung“ erhoben werden. Darüber sollten schon jetzt alle Mittel genutzt werden, das zu Grunde liegende EU-Gesetz zu verändern und / oder dessen Anwendung umgehbar zu machen, um die Steuer gar nicht erst einführen zu müssen. Die Chancen dafür stehen sehr gut, zumal die EU-Kommission erst Anfang Februar als Antwort auf reduzierte Gaslieferungen aus Russland und andauernd hohe Rohölnotierungen ein „Strategiepapier zur Förderung von Biokraftstoffen“ veröffentlichte.

Es gibt gute wirtschafts- und umweltpolitische Argumente für die Steuerfreiheit pflanzlicher Kraftstoffe. Ein Rütteln am bisherigen System würde einen gravierenden Verlust an Glaubwürdigkeit nach sich ziehen.

**Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Nordrhein-Westfalen**

Wasserstraße 5
40213 Düsseldorf

Telefon 0211 13600-43/44/45
Telefax 0211-13600-42

info@mit-nrw.de
www.mit-nrw.de

a) Wirtschaftspolitik

Viele deutsche Speditionen sind heute ihren Wettbewerbern aus Osteuropa gegenüber kaum noch konkurrenzfähig. Die Ursache dafür sind die in Deutschland höheren Lohn- und Kraftstoffkosten.

Ausländische LKW kommen oftmals mit in Polen / Rumänien / Österreich voll getankten Fahrzeugen nach Deutschland, und bedienen anschließend hier die Kundschaft deutscher Speditionen auch im innerdeutschen Verkehr. Ihr Tankvolumen von zumeist über 1000 Litern reicht aus, um eine Woche lang in Deutschland unterwegs zu sein, und sich am Wochenende wieder mit einer Rücktour in die östlich gelegene Heimat zu verabschieden.

Deutsche Speditionen haben die Dieselpreisdifferenz zwischen Ost- und Westeuropa mit dem Einsatz der günstigeren Kraftstoffe Biodiesel (Preisvorteil gegenüber deutschem Dieselmotorkraftstoff: ca. 10 Cent / Ltr.) und Pflanzenöl (Preisvorteil: ca. 20 Cent / Ltr.) teilweise kompensieren können.

Diese Möglichkeit wird ihnen nun genommen mit der Folge, verschärften Lohndumpings und vermehrter Abwanderung deutscher Arbeitsplätze ins Ausland.

Dem können wir als „deutsche“ MIT Nordrhein-Westfalen nicht zustimmen.

Die Steuer auf beigemischem Biodiesel verteuert zudem die gewöhnlichen Dieselpreise in Deutschland um fast einen Cent je Liter.

Dem können wir als „Öko-Steuer ablehnende“ MIT Nordrhein-Westfalen auch nicht zustimmen.

Mit der Zusage der alten Bundesregierung, Öko-Kraftstoffe bis 2009 Steuer befreit zu lassen, sind viele Anlagen zur Herstellung von Biodiesel und Pflanzenöl gebaut worden. Einige sind noch in Bau oder Planung. Die Kapazitäten haben sich innerhalb der letzten Jahre mehr als verdoppelt. Spediteure und Tankstellen installierten zudem in zusätzliche Tankanlagen und Zapfsäulen.

Mit der Besteuerung von Biodiesel käme dieser preislich dem gewöhnlichen Diesel gleich, würde wegen eines höheren Wartungsaufwands sogar teurer werden mit der Folge, dass niemand mehr Biodiesel tankte (siehe Veröffentlichungen des ADAC und Anderer) und die getätigten Investitionen fehl geschlagen wären.

Das lehnen wir als für „Verlässlichkeit stehende“ MIT Nordrhein-Westfalen ab.

b) Umweltpolitik

Biodiesel und Pflanzenöl sind ökologisch wertvoll: Durch ihre Verbrennung wird weitestgehend nur so viel CO₂ abgegeben, wie die (meist Raps-) Pflanze bei ihrem Wachstum aufgenommen hat. Beide enthalten keinen Schwefel, tragen also nicht zum Sauren Regen, zum Waldsterben und zu Schäden an Baudenkmalern bei. Bei ihrer

Verbrennung werden die Emissionen von Ruß, Kohlenmonoxid und Kohlenwasserstoff im Vergleich zu gewöhnlichem Diesel deutlich reduziert. Biodiesel und Pflanzenöl sind zudem kein Wasser gefährdendes Gut, da sie biologisch abbaubar sind.

Die Ökonomie lehrt, Produkte mit positiven externen Effekten zu subventionieren, solche mit negativen externen Effekten zu besteuern. Mit unseren pflanzlichen Kraftstoffen haben wir ein Gut, das auch ohne finanzielle Unterstützung des Staates der Allgemeinheit einen Nutzen bringt, nämlich gute Luft bei voller Mobilität und Versorgung. Das würde mit einer Steuer verhindert.

Die MIT Nordrhein-Westfalen ist der Meinung, ein kostenloses ökologisches Plus darf man nicht verhindern.

c) Glaubwürdigkeit

- Wer glaubt denn noch einer Bundesregierung, die für deutsche Arbeitsplätze wirbt, die sie mit ihrer Politik aber selbst verteuert und damit vernichtet?

- Wer glaubt denn noch einer Bundesregierung, die Investitionen und damit Wirtschaftswachstum in Deutschland als Kern des Abbaus von Arbeitslosigkeit und öffentlicher Verschuldung begreift, selbst aber mit einem Vorlauf von nur einem halben Jahr langfristig getätigte Investitionen vernichtet? Wer will denn zukünftig unter diesen Umständen überhaupt noch investieren?

- Wer glaubt denn noch einer Bundesregierung, die Umweltschutz bejaht, sich aber gegenteilig verhält?

- Wer glaubt denn noch einer CDU, die jahrelang die Ökosteuer bekämpfte, die nun aber selbst den Dieselpreis über Steuern erhöht?

- Wer glaubt denn noch einer SPD, die noch in der vergangenen Legislaturperiode die Steuerfreiheit auf pflanzliche Kraftstoffe bis 2009 bekräftigte, sie nun aber selbst abschafft?

- Wer glaubt denn einer Bundesregierung, die sagt, Deutschland brauche dieses Geld (ca. 370 Mio. € jährlich ab 2007), die es aber versäumt, Bürokratie und Verwaltungsebenen abzubauen, in denen viele Milliarden Euro jedes Jahr unnötig verschwendet werden?

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Nordrhein-Westfalen spricht sich klar gegen eine Besteuerung pflanzlicher Kraftstoffe aus.

Sie fordert die beteiligten Parteien auf, die gesetzlichen Regelungen so zu belassen, wie sie derzeit sind.